

Antrag 14/I/2022**UB Potsdam****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Energiesicherheit / Klimaschutz in Brandenburg**

- 1 1. Die Vertreterinnen und Vertreter der SPD im
2 Landtag Brandenburg und in den Kreisen und
3 Kommunen Brandenburgs werden gebeten,
4 sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von
5 Photovoltaik (PV) im gesamten Land schnellst-
6 möglich signifikant erhöht wird. In der Flä-
7 chenkonkurrenz Grünland/Naturraum gegen-
8 über bebauter Fläche ist unbedingt bebauter
9 Fläche der Vorrang zu geben. Insbesondere ist
10 dafür Sorge zu tragen, dass große Dachflächen
11 (z. B. Lager- und Fabrikationshallen) zur Ener-
12 giegewinnung aus PV genutzt werden. Hierfür
13 sind gegebenenfalls rechtliche Vorkehrungen
14 zu treffen.
- 15 2. Das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz
16 ist hinsichtlich der Dachflächen zu ergänzen:
17 - Dächer, die keine prominente Position im öf-
18 fentlichen Raum aufweisen, dürfen mit Mo-
19 dulen neu eingedeckt werden. Die Gestal-
20 tung und Form sind mit der Unteren Denk-
21 malschutzbehörde abzustimmen. - Origina-
22 le Ziegeleindeckungen sind mit entsprechend
23 gestalteten PV-Modulen genehmigungsfähig,
24 soweit ihre Sichtbarkeit untergeordnet ist.
- 25 3. Ladestationen für PKW und Fahr- sowie Las-
26 tenräder sind zu genehmigen, wenn keine be-
27 sonderen bautechnischen Sicherheitsaspekte
28 vorliegen. In diesem Kontext kann auch die Be-
29 ratungsstelle der Kommunen TINK zum Ein-
30 satz von Lastenrädern konsultiert werden.
- 31 1. Auf Landesebene sollte eine „Steuerungsstel-
32 le PV“ geschaffen werden, die auch Leitfäden
33 und Handlungsempfehlungen für die Kom-
34 munen Brandenburgs erarbeiten sollte. Zur
35 Beratung von Besitzer*innen von Flächen und
36 Gebäuden und zur aktiven Steuerung und Ko-
37 ordinierung sollten in den Kreisen/Kommu-
38 nen “Koordinierungsstellen PV” eingerichtet
39 werden. In Arbeit befindliche bzw. vorhan-
40 dene Instrumente wie “Solaratlas Branden-
41 burg”, “Energierstrategie Brandenburg 2040”,
42 “Energieagentur Brandenburg” sollten ent-
43 sprechend weiterentwickelt bzw. ergänzt wer-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

44 den.

45

46 **Begründung**

47 Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine
48 hat erhebliche Auswirkungen auf die Energiever-
49 sorgung und die Energiekosten. Hohe Nachzahlun-
50 gen der Betriebskosten sind zu erwarten. Zugleich
51 müssen die CO₂-Emissionen im Interesse des Klima-
52 schutzes weiter dringend verringert werden. Das be-
53 schäftigt die Brandenburgerinnen und Brandenbur-
54 ger intensiv. Die Steigerung der Energieunabhän-
55 gigkeit und die Senkung der CO₂-Emissionen durch
56 maximale Nutzung erneuerbarer Energien (EE) sind
57 darauf die entscheidende Antwort.

58 Bei der installierten Leistung von Windkraft ist Bran-
59 denburg dabei bundesweit bereits führend. Erfor-
60 derlich ist jetzt ein massiver Ausbau der Photovol-
61 taik (PV). Dies sollte vornehmlich durch die Nutzung
62 von Dachflächen erfolgen (insbesondere großfläch-
63 ige Hallendächer); für denkmalgeschützte Gebäude
64 soll die PV-Nutzung auf Dächern erleichtert werden.
65 Zwar ist Brandenburg mit Erarbeitung des "Solarat-
66 las Brandenburg" und der "Brandenburger Energie-
67 strategie 2040" - auf dem richtigen Weg. Gleichwohl
68 ließe sich mit einfachen organisatorischen Mitteln
69 die Geschwindigkeit zur Ausschöpfung der Poten-
70 ziale bedeutend erhöhen. Wie der Blick in andere
71 Bundesländer zeigt, ist man teilweise mit dem An-
72 gebot von Leitfäden und Koordinierungsstellen für
73 Kommunen auf Landesebene weiter.

74 Der Handlungsdruck im Bereich Energiesicherheit,
75 Klimaschutz und Energiekostenbremse beschleu-
76 nigt sich aktuell erheblich. Wir sind mit dem Aus-
77 bau erneuerbarer Energien in Brandenburg bereits
78 gut aufgestellt, allerdings könnten und müssen wir
79 noch mehr tun. Neben dem rechtlich nicht immer
80 einfachen Ausbau der Windenergie bietet sich die
81 verstärkte Nutzung von Solarenergie in Form von
82 Photovoltaik (PV) an.

83 Ein Vorteil: Analysen und Instrumente liegen in
84 Brandenburg vor. Ziel ist nunmehr, von Einzelinitia-
85 tiven in die Fläche zu gehen. Dabei sollte der Dach-
86 nutzung der Freiflächennutzung der klare Vorrang
87 gegeben werden.

88 Notwendig ist eine Projektsteuerung auf Landes-
89 ebene.

90 Die Auswertung der Erfahrungen mit "Mieterstrom"
91 sollte beschleunigt und dann entsprechend umge-
92 setzt werden.

93 Viele Dachflächen befinden sich in Bereichen, die ei-
94 ne Genehmigung der jeweiligen Unteren Denkmal-
95 schutzbehörde erfordern. Die Erfahrung mit geneh-
96 migten und abgelehnten Anträgen zu Dachflächen-
97 fenstern zeigt, dass der Ausbau mit Photovoltaik auf
98 entsprechenden Dächern nur dann zügig möglich
99 ist, wenn das Gesetz hier dem Ausbau eine beson-
100 dere Priorität zuweist.